

Martin Sabrow

Fake Science? Wahrheit und Lüge im staatssozialistischen Geschichtsdiskurs

„Fake News“. Ringvorlesung des Instituts für Geschichtswissenschaften an der HU Berlin im Wintersemester 2018/19

Unter den Linden 6, 3038, 17.12.2018, 16.00 – 18.00 Uhr

1

Die Frage nach der Wahrheit in der Wissenschaft und der Lüge in der Diktatur spielte eine außerordentliche Rolle in der Aufarbeitung der DDR und im Umgang mit ihren akademischen Eliten. Sie entschied nach 1989 über Integration und Ausschluss in der Zusammenführung von ost- und westdeutschem Wissenschaftssystem, und sie markierte die Instrumentalisierung der Wissenschaft durch das Regime. Für keine ostdeutsche Fachdisziplin galt dies stärker als für die Geschichtswissenschaft; kein Fach stand nach 1989/90 stärker im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit als die Historie und die Prostitution ihrer Muse Klio. Ihre an den Universitäten und in der Akademie der Wissenschaften tätigen Priester waren leichter zu skandalisieren, einfacher der Korruption und des Versagens zu überführen als die Nationalökonomien oder die Philosophen, weil es für Historiker eine außer ihrer Macht liegende Instanz gibt, einen immerwährenden Lackmustrast: die Vetokraft der Quellen. Ich zitiere Ihnen aus dem Gründungsauftrag des Unabhängigen Historikerverbandes vom 10.1.1990, der der ostdeutschen Historiographie das Prädikat der Wissenschaft verweigert, weil sie den Zumutungen des Regimes nicht widerstanden habe. „Auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaften herrscht eine erschreckende Situation. Jahrzehntlang erstickte ein ungenießbarer Brei aus Lügen und Halbwahrheiten jede freie geistige Regung.“

Hier haben wir den Gegensatz zwischen Lüge und Wahrheit formuliert, der zur Auflehnung des UHV führte und noch im selben Jahr zur Selbstaflösung des ostdeutschen Fachverbandes, der Historiker-Gesellschaft der DDR, die sich in den Wendemonaten gleich nach dem Fall der Mauer im November 1989 selbst angeklagt hatte: „Wir tragen Mitverantwortung. Unsere Darstellungen zur neuesten Geschichte haben nicht beigetragen, den Gegensatz zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der

DDR durch eine aufrichtige, kritische Aufarbeitung der Widersprüche, Konflikte und Fehlentwicklungen in unserer Vergangenheit offenlegen zu helfen.«¹

Nun hat die Geschichtswissenschaft ihren Glauben an die Unteilbarkeit der historischen Wahrheit spätestens seit ihrer kulturgeschichtlichen Wende verloren und sich in der Unterscheidung von *True* und *Fake Science* auf die bekannten Mertonschen Prinzipien des Kommunismus, des Universalismus, der Uneigennützigkeit und des organisierten Skeptizismus² zurückgezogen und die bleibende Wahrheit der wissenschaftlichen Arbeit als ihre Fähigkeit zum Zweifel beschrieben, wie dies der Berliner *Tagesspiegel* unter Bezug auf Karl Popper und Anke te Heesen im Kontext dieser Ringvorlesung noch einmal unterstrich: „Anders als Religionen und Verschwörungstheorien, die einen totalen Wahrheitsanspruch formulieren, rechnet seriöse Wissenschaft ihre Fehlbarkeit mit ein. Sie muss (...) an der Erfahrung scheitern können.“³

Empirie und Zweifel scheinen demnach eine zeitunabhängige und systemübergreifende Scheidelinie zwischen Fake und True Science definieren, und nach ihr wurde bei der Abwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft nach 1990 auch verfahren. Aber war es so einfach, und spiegelt nicht auch diese Setzung ein sehr zeit- und systemgebundenes Wahrheitsverständnis, dessen Begrenztheit schon Bertolt Brechts Galilei erkennen musste, als die Florentiner Gelehrten sich weigerten, durch sein Fernrohr die Jupitermonde zu erspähen, sondern stattdessen einen gelehrten Disput über die Frage verlangten, ob solche Monde überhaupt sein könnten. Die These meiner heutigen Vorlesung lautet, dass der historische Herrschaftsdiskurs der DDR ein durch räumliche und ideologische Geschlossenheit gefestigtes Regelsystem professioneller Geschichtswissenschaft etablierte, das mit einem substantiell anderen, aber fachlich legitimierten Arbeitsbegriff arbeitete. Um diesem Denksystem näher zu kommen, will ich mit dem Verhältnis von Wahrheit und

¹ Ein Wort von Historikern, in: Informationen für die Mitglieder der Gesellschaft 1990/1, S. 2f., hier S. 2. Die Erklärung erschien in verkürzter Form auch in der DDR- Tagespresse: Für Offenheit in der Geschichtsforschung. Historiker-Gesellschaft der DDR gab Erklärung ab, in: Neues Deutschland, 14.11.1989.

² Im communism, universalism, disinterestedness, and organized skepticism Robert King Merton, *The Normative Structure of Science*, in; ders., *The Sociology of Science: Theoretical and Empirical Investigations*, Chicago 1973. Vgl. für die Nutzung in der Gegenwart zur Unterscheidung von True und Fake Science

³ Christoph David Piorkowski, Gekapertes Wissen. In unübersichtlichen Zeiten ist das Klima für „Fake News“ besonders gut. Auch die Wissenschaft zeigt sich immer wieder anfällig, in: *Der Tagesspiegel*, 10.12.2018.

Lüge im sozialistischen Geschichtsdiskurs nicht mit dem uns vertrauten und selbstverständlichen Wahrheitsmaßstab nähern und danach fragen, wie diese Wahrheit damals anerkannt oder misshandelt wurde. Statt dessen will ich fragen, wie „Wahrheit“ in der DDR-Geschichtswissenschaft definiert und ermittelt wurde. Ich gehe also wie ein Ethnograph vor. Ich prüfe also nicht die Gültigkeit marxistischer Forschungsergebnisse, sondern er versuche nur, das Regelwerk, die Mechanismen zu beschreiben, in denen sich in der DDR die Verständigung über die Vergangenheit vollzog. Meine grundlegende These lautet, dass die gebundene Geschichtswissenschaft kommunistischer Staaten sich auf der Folie unseres westlichen, universalen Wissenschaftsverständnisses nicht adäquat abbilden lässt. Selbst wo sie dieselben Themen erforschte, dasselbe methodische Rüstzeug benutzte, dieselben Begriffe benutzte wie ihr westdeutsches Pendant, blieb sie eine eigene Form von Wissenschaft. Dies will ich Ihnen am Wahrheitsbegriff der DDR-Geschichtswissenschaft zu demonstrieren versuchen.

Dem normierten Theorierahmen, in dem die historische Wissenschaft der DDR sich zu entfalten hatte, war die Idee einer zeit- und klassenübergreifenden Erkenntnis der Vergangenheit fremd. Mit Lenin konnte es zwischen bürgerlicher und sozialistischer Ideologie keinen Bereich allgemeingültiger Wahrheiten geben: „Ein Mittelding gibt es hier nicht (denn eine ‘dritte’ Ideologie hat die Menschheit nicht geschaffen, wie es überhaupt in einer Gesellschaft, die von Klassegegensätzen zerfleischt wird, niemals eine außerhalb der Klassen oder über den Klassen stehende Ideologie geben kann). Darum bedeutet jede Herabminderung der sozialistischen Ideologie, jedes Abschwenken von ihr zugleich eine Stärkung der bürgerlichen Ideologie.“⁴ Wenn es demzufolge eine ideologiefreie Wahrheitssuche nicht geben könne, folgte daraus im Denkgehäuse des leninistischen Verständnis nicht der Sieg der Ideologie über die Wissenschaft, sondern deren Verschmelzung: „Demzufolge ist der Marxismus-Leninismus sowohl wissenschaftliche Theorie als auch wissenschaftlich begründete Ideologie. Diese Ideologie ist zugleich Ausdruck wissenschaftlicher Geschichtserkenntnis.“⁵

Unter dieser Voraussetzung aber schließen Parteinahme und Standortgebundenheit

⁴ Wladimir Iljitsch Lenin, Was tun?, in: ders., Werke, Bd. 5, Berlin (O) 1955, S. 396. Als Referenz zitiert findet sich dieses Diktum in vielen Grundlagenwerken der DDR-Historiographie, so. z.B. in Werner Berthold u.a. (Hg.), Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung. Handbuch, Köln ⁴ 1977, S. 2.

⁵ Ebenda, S. 7.

ein objektives Verständnis des Geschichtsverlaufs nicht aus, sondern bedingen sie überhaupt erst - sofern die Parteinahme jener sozialen Klasse gilt, die selbst Triebkraft des historischen Fortschritts ist, also der Arbeiterklasse. Nur der ihr verpflichtete Historiker vermag der "willkürliche(n) Behandlung historischer Ereignisse in der bürgerlichen Geschichtsschreibung [...] ein geschlossenes marxistisch-leninistisches Geschichtsbild entgegenzusetzen, das die geschichtliche Wahrheit im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts zum Ausdruck bringt."⁶ Noch klarer benennt die weitverbreitete "Einführung in das Studium der Geschichte"⁷ das paradigmatische Grundmuster des in der DDR verbindlich dekretierten Umgangs mit der Vergangenheit: Sie lag in der "Notwendigkeit der weltanschaulichen, politischen Parteilichkeit der marxistischen Geschichtswissenschaft als Voraussetzung und Bestandteil ihrer wissenschaftlichen Objektivität. [...] Die Stellungnahme für den proletarischen Standpunkt, für den Sozialismus fällt daher mit der Erkenntnis der objektiven Wahrheit des historischen Prozesses zusammen."⁸ Sichtbar hat diese Auffassung außer dem Gegenstand nicht mehr viel gemein mit einem außerhalb des doktrinären Sozialismus geltenden Verständnis von historischer Wissenschaft. Selbst dort, wo Wahrheit nicht mehr aristotelisch als Übereinstimmung mit der Sache, sondern mit Nietzsche als sprachliche Konventionalität und "Summe menschlicher Relationen" definiert wird⁹, gelten doch innerhalb der Fachgrenzen universal anerkannte Prozeduren des Erwerbs und der Überprüfung historischer Erkenntnis, die sich mit dem Prinzip einer vorgängigen Parteilichkeit nicht vertragen. Der in der DDR-Geschichtswissenschaft normierte Begriff der historischen Wahrheit hingegen weicht in dreifacher Hinsicht von diesem Verständnis ab: Er relativiert sie, indem er ihre Erkenntnis an die Einnahme eines politischen Standpunktes bindet; er verengt sie, indem er dem marxistischen Geschichtstheorie das Deutungsmonopol einräumt; und er instrumentalisiert sie, indem er ihr neben der weltanschaulichen Bindung (nämlich an den Marxismus) auch die politische (nämlich an die SED)

⁶ Ebenda, S. 9 f.

⁷ hg. von Walther Eckermann und Hubert Mohr, Berlin (O) 1966

⁸ Ebenda, S. 40 f.

⁹ Friedrich Nietzsche, Über Wahrheit und Lüge im außermoralischen Sinne, in: ders., Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe in 15 Einzelbänden, Bd. 1, München ² 1988, S. 873-890, hier S. 880.

zugrundelegt¹⁰.

Fraglos wäre es verfehlt, diese parteioffizielle Dogmatisierung einer parteilichen Wahrheit mit der historischen Wissenschaftspraxis umstandslos gleichzusetzen. Aber sie gab die Regeln des historischen Fachdiskurses in der DDR vor und machte ihn im Zweifelsfall gegen eine Argumentation wehrlos, die die Treue gegenüber den geschichtlichen Tatsachen gegen die Orientierung an den Interessen der SED abwägen konnte, ohne den Rahmen der wissenschaftlichen Beweisführung zu verlassen. Dies eröffnete die Möglichkeit, den Glauben an die Aussagekraft der Quellen als schädlichen "Objektivismus" zu stigmatisieren und im Konfliktfall die empirische Wahrheit durch eine höhere ideologische Wahrheit abzulösen, so wie es Stefan Heym in seinem König David Bericht satirisch schilderte.¹¹ Mit dieser potentiellen Entmachtung der historischen Tatsachen zugunsten des politischen Nutzens war das Fundament einer anderen, einer instrumentellen Historiographie gelegt, deren politische Indienstnahme dem - wenngleich oktroyierten - Selbstverständnis nach keine nachträgliche Äußerlichkeit, sondern inhärentes Prinzip einer parteilichen Wissenschaft bedeutete.

Die Etablierung dieses Herrschaftsdiskurses beherrschte die Frühphase der ostdeutschen Geschichtswissenschaft in den fünfziger Jahren und fand ihren Abschluss in einer vehementen Debatte um den Begriff der Parteilichkeit, mit der die SED nach der Niederschlagung des Ungarnaufstandes im Herbst 1956 und dem Ende des „Neuen Kurses“ gegen "revisionistische Bestrebungen" auch in der Geschichtswissenschaft vorging. Sie wurde eröffnet durch den Versuch des Wirtschaftshistorikers Jürgen Kuczynski, den Begriff der Parteilichkeit aus seiner tagespolitischen Verfügbarkeit zu lösen und mit dem tradierten Konzept historischer Objektivität zu versöhnen: "Parteilichkeit für die Wirklichkeit, das heißt im wahrsten

¹⁰ "Geschichtsforschung und Geschichtslehre sind [...] ein ideologischer Bestandteil des Klassenkampfes. Diese Stellung des Historikers bestimmt ebenfalls, wie er sich zu den Tatsachen verhält, wie er an ihre Erforschung und Interpretation herangeht. Daher ist die politische Parteilichkeit neben der weltanschaulichen Parteilichkeit eine weitere Voraussetzung von Geschichtsforschung und Geschichtslehre." (Ebenda, S. 34)

¹¹ Als nämlich in Heyms Roman der ägyptische Geschichtsschreiber Ethan ben Hoshaja, der den "Einen und Einzigen Wahren und Autoritativen, Historisch Genauen und Amtlich Anerkannten Bericht" über das Leben König Davids schreiben soll, seinem Auftraggeber Salomo bekennen muß, daß die untersuchten Quellen den verlangten Legenden widersprechen, antwortet ihm der Priester Zadok: "Es gibt, wie es scheint, zwei Arten von Wahrheit: die eine, die unser Freund Ethan zu finden wünscht, und eine andere, welche sich auf das Wort HERRN Jahwes gründet, wie es von seinen Propheten und seinen Priestern vermittelt wird. [...] Und wo die zwei Arten der Wahrheit nicht übereinstimmen, muß ich verlangen daß wir der Lehre folgen." (Stefan Heym, Der König David Bericht, Berlin (O) 1975, S. 46)

Sinne des Wortes: Objektivität".¹² Entsprechend las Kuczynski eine "objektive Parteilichkeit der Wirklichkeit" aus den Werken Honoré de Balzacs ebenso heraus wie aus denen Jacob Burckhardts und feierte als Leopold von Rankes "gewaltige, fast ist man geneigt zu sagen: einzigartige Leistung [...] die neue Technik der Erfassung der Wirklichkeit".¹³ In der Konsequenz entkleidete Kuczynski den Parteilichkeitsbegriff eben der politischen Verfügbarkeit, die das eigentliche Kennzeichen einer instrumentellen Wissenschaft bildete. Mit seinen Ausführungen wollte er "unseren Historikern [...] zeigen, daß Parteilichkeit von ihnen nicht 'auf Beschluß der Sozialistischen einheitspartei Deutschlands' oder 'im Interesse einer einheitlichen Ideologie der Arbeiterklasse' gefordert wird, sondern daß Parteilichkeit von der Wirklichkeit selbst, von dem materiellen Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung, das heißt im Interesse der Objektivität, der Realität der Wissenschaft verlangt wird."¹⁴

Nachdem die SED ihr Deutungsmonopol in den Geisteswissenschaften bereits 1949/50 mit einer "Kampagne gegen den bürgerlichen Objektivismus" durchzusetzen versucht hatte¹⁵, wurde sie nun gleichsam von innen in ihrem Herrschaftsanspruch über die Geschichtswissenschaft dadurch bedroht, dass einer ihrer führenden Köpfe das legitimatorische Fundament dieser Herrschaft geschichtstheoretisch ernstnahm. Der Fall gewann noch an Brisanz, als das ZK gleichzeitig davon in Kenntnis gesetzt wurde, dass Kuczynski mit der polnischen Reformbewegung nach dem XX. Parteitag der KPdSU sympathisiere und sich die Frage der "polnischen Genossen" zu eigen gemacht habe, "warum so etwas nicht auch in der DDR geschieht, ob wir hier etwa in politischer Unfreiheit leben würden."¹⁶ Die SED reagierte entschlossen. Nach der Niederschlagung des ungarischen Aufstandes leitete sie eine öffentliche wie parteiinterne "Auseinandersetzung" mit Kuczynski ein, die sich über volle zwei Jahre erstreckte und bis zu einem Verfahren bei der Zentralen Parteikontrollkommission

¹² Jürgen Kuczynski, Parteilichkeit und Objektivität in Geschichte und Geschichtsschreibung, in: ZfG 4 (1956), S.873-888, hier S. 875.

¹³ Ebenda, S. 887.

¹⁴ Ebenda, S. 888.

¹⁵ Vgl. Hans-Uwe Feige, Die SED und der "bürgerliche Objektivismus" 1949/50, in: Deutschland Archiv 28 (1995), S. 1074-1083

¹⁶ Bundesarchiv, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen, Zentrales Parteiarchiv (BArch-SAPMO), ZPA, J IV 2/2.024/47, Information der Abt. Wissenschaft und Propaganda, 25.4.1956.

reichte.¹⁷ Ein Grundsatzartikel des SED-Organs "Eineheit" bemühte sich um eine detaillierte Widerlegung seiner Thesen und dekretierte: "Wenn Genosse Kuczynski das quellekritische Verfahren als 'Partei der Technik' charakterisiert, dann gibt er den Klassencharakter des marxistisch-leninistischen Begriffs der Parteilichkeit preis. Dieses Prinzip verlangt die offene Parteinahme für jene Klasse, die durch ihren Kampf gegen die absterbenden Klassen den gesellschaftlichen Fortschritt durchsetzt."¹⁸ Offen gab der Autor preis, warum Kuczynskis Zusammenführung von Objektivität und Parteilichkeit so gefährlich sei: "Durch die Konzeption der ideologischen Koexistenz mit der imperialistischen Geschichtswissenschaft in Westdeutschland kann unsere Geschichtswissenschaft nur ihr eigenes Gesicht verlieren."¹⁹ Die ZfG nahm den Vorgang so ernst, dass einer ihrer für den Abdruck des inkriminierten Kuczynski-Artikels zuständige Redakteure, der sich zustimmend zu dessen Grundthesen geäußert hatte²⁰ eine Selbstkritik veröffentlichen ließ: "In meinen Ausführungen über die Parteilichkeit des marxistischen Historikers [...] wurden die Besonderheit dieser Parteilichkeit ungenügend behandelt. [...] die Besonderheit dieser Parteilichkeit, daß sie nämlich bewußt und ausdrücklich ist, wurde vernachlässigt."²¹

Damit war der "revisionistische Vorstoß" zurückgewiesen. Das gegen ihn obsiegende Wissenschaftskonzept tolerierte den orientierenden Eingriff der SED in die Arbeit ihrer Historiker nicht nur, sondern verlangte ihn geradezu: Der Leiter des Autorenkollektivs für die "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" hieß Walter Ulbricht; die Streitfrage um den sozialistischen oder bürgerlichen Charakter der deutschen Novemberrevolution wurde anlässlich ihres vierzigsten Jahrestages im Politbüro entschieden; jedem Parteitag und ZK-Plenum der Einheitspartei folgte die "seminaristische" Auswertung ihrer Beschlüsse in den Universitäten und Instituten der DDR, um deren wissenschaftlichen Gehalt zu übernehmen.

Doch bedeutete dies auch im programmatischen Selbstverständnis der Akteure nicht

¹⁷ Vgl. zu den Details Jürgen Kuczynski, Frost nach dem Tauwetter. Mein Historikerstreit, Berlin 1993.

¹⁸ Ernst Hoffmann, Über Tendenzen, die den weiteren Fortschritt unserer Geschichtswissenschaft hemmen, in: Einheit 1957, S. 1146-1163, hier S. 1155.

¹⁹ Ebenda, S. 1156. Vgl. Fritz Kopp, Historiker diskutieren über Dogmen. Der Revisionismus in der sowjetzonalen Geschichtswissenschaft, in: SBZ Archiv 9 (1958), H. 3, S. 39-42.

²⁰ Joachim Streisand, Kategorien und Perspektiven der Geschichte. Anlässlich einiger Neuerscheinungen der Geschichtsphilosophie, in: ZfG 4 (1956), S. 889-898

²¹ Ders., Brief an die Redaktion der "Zeitschrift für Geschichtswissenschaft", in: ZfG 6 (1958), S. 619 f.

den Sieg der Partei über die Wissenschaft, sondern den Sieg der Partei in der Wissenschaft. Der parteiliche Geschichtsdiskurs verstand sich durchaus nicht als Unterwerfung der Tatsachen unter die Zwänge einer ideologischen Sicht, als "totalitäre Mißhandlung der geschichtlichen Vergangenheit", die sich von kritischer Prüfung und rationaler Analyse verabschiedet habe, wie ihr von außen besonders in der Zeit des Kalten Krieges vorgehalten worden war.²² Das Wissenschaftsideal des historischen Herrschaftsdiskurses zielte nicht auf die Spaltung der Wahrheit in eine bloß empirische und eine höhere ideologische, sondern auf die harmonische Versöhnung von empirischer Objektivität und ideologischer Parteilichkeit.

Wie stark auf der Denkebene der politischen Geschichtsfunktionäre auch noch in einem entwickelteren Stadium der DDR-Historiographie die Überzeugung wirkte, die so definierten Ansprüche von Objektivität und Parteilichkeit tatsächlich miteinander vereinen zu können, hält eine "Protokollnotiz vom Erfahrungsaustausch leitender Genossen der Geschichtswissenschaft mit Genossen Prof. Kurt Hager" vom 14.10.1971 fest. Nachdem ein Historiker vom Partei-Institut für Marxismus-Leninismus auf "eine Scheu, noch nicht völlig ausdiskutierte Probleme in den Zeitschriften dazulegen und zur Diskussion zu stellen", hingewiesen und beklagt hatte, dass es vielen "schwer[fällt], zwischen Meinungsverschiedenheiten und Abweichungen vom Marxismus-Leninismus zu unterscheiden", antwortete Hager: "Die Geschichtswissenschaft ist ein aktiver Faktor bei der Durchsetzung der Politik der Partei. Sie hat die Lehren der Geschichte zu erarbeiten und zu vermitteln. Auf keinen Fall geht es um eine pragmatische Versimpelung, sondern um die objektive Wahrheit. Es ist zu prüfen, ob wir diesem Erfordernis gerecht werden. ... Die 'Geschichte des deutschen Volkes' werden wir nicht ohne öffentlichen Meinungsstreit schreiben können. Dieser Meinungsstreit muß sich natürlich auf dem Boden des Marxismus-Leninismus bewegen."²³

Es wäre falsch, hier einen grundsätzlichen Gegensatz zwischen den Verlautbarungen des SED-Apparats und dem Alltag der historischen Forschung vermuten zu wollen. Auch in der internen Selbstverständigung der Fachhistoriker war die Denkfigur der parteilichen Wahrheit nicht außer Kurs gesetzt, dienten

²² Walther Hofer, *Geschichtsschreibung als Instrument totalitärer Politik*, in: ders. (Hg.), *Wissenschaft im totalen Staat*, München 1964, S. 198-225, hier S. 206.

²³ Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (ABBAW), ZIG 614 e.

Wissenschaft und Politik in wechselseitiger Zuarbeit demselben Ziel und konnten politische Eingriffe in die Arbeit der Historiker als wissenschaftliche Unterstützung gewertet werden. So stellte der Rechenschaftsbericht der Parteileitung des Instituts für Geschichte bei der Akademie der Wissenschaften im März 1960 selbstkritisch fest: "Zwischen Politik und Wissenschaft besteht eine Wechselbeziehung. Stellt die Politik der Wissenschaft die Aufgabe und bestimmt Richtung und Ziel ihrer Arbeit, so liefert oder vielmehr müsste die Wissenschaft ihrerseits der Politik durch exakte Analysen der gesellschaftlichen Entwicklung die Grundlagen für ihre Entschlüsse liefern. Wir haben es jedoch nur selten verstanden, diesen Aufgaben nachzukommen. Wenn unsere Partei trotz der mangelhaften Arbeit der Historiker stets die richtigen Lehren aus der Geschichte gezogen und sie in ihrer Politik angewendet hat, so deshalb, weil unsere führenden Genossen neben jahrzehntelangen Erfahrungen im Klassenkampf über eine umfassende historische Bildung verfügen, was ihnen in Verbindung mit der Fähigkeit zur schöpferischen Anwendung des Marxismus-Leninismus außerdem noch ermöglicht, den Historikern prinzipielle Hinweise für die eigene Arbeit zu geben."²⁴

Das aus diesen Bausteinen errichtete Denkgebäude war ein 'Diskursgefängnis', das den Kontakt zur Außenwelt der internationalen Geschichtswissenschaft und zur Tatsachenwelt der geschichtlichen Vergangenheit an die Einhaltung präziser Regeln band. Sie umfassten bis in den Herbst des Wendejahres 1989 den kontrollierten Zugang zu westlicher Literatur, restringierten individuelle Beziehungen zu ausländischen Fachkollegen und kontrollierten die organisierten Auslandsauftritte vorbereiteter Delegationen und ausgewählter "Reisekader". Sie leiteten den Zuschnitt von Forschungsfeldern und die Ermittlung von Forschungsdesideraten, entschieden über Art und Umfang der Quellenrecherche, strukturierten die vorgelegten Entwürfe und ihre Begutachtung; sie beförderten oder verhinderten schließlich die Druckfreigabe und Publikation des abgeschlossenen Werks. Keine Hilfestellung aber gaben diese Regeln, wenn sich in der Arbeit am sozialistischen Geschichtsbild eine Kluft zwischen der Sprache der Partei und der Sprache der Quellen auftat. Dann fiel den Historikern die Aufgabe zu, einen Gegensatz zwischen Objektivität und Parteilichkeit in ihrer täglichen Praxis zu verwischen, den es in den doktrinären Wirklichkeitsvorstellungen des Herrschaftsdiskurses gar nicht geben konnte. Aus diesem Widerspruch entwickelten sich die Konflikte und Auseinandersetzungen, die

²⁴BArch-SAPMO, ZPA IV 2/9.04/398.

bei genauerem Zusehen die DDR-Geschichtswissenschaft in weit höherem Maße kennzeichneten, als die Lektüre ihrer schließlich publizierten Texte preisgibt. Der aus den archivierten Plänen und Berichten, aus den Manuskriptentwürfen und Gutachten rekonstruierbare Schlängelweg zur Formung des sozialistischen Geschichtsbildes in der DDR ist der Ort, an dem sich die Deutungsmacht des parteilichen Geschichtsdiskurses konkret behaupten musste - im Zweifel gegen die verbliebene Vetomacht der Quellen, gegen den nicht eliminierbaren Autoritätsrest der internationalen Fachdiskussion und vielleicht auch gegen die fachliche Integrität des einzelnen Historikers. Diesem verdeckten Ringen gilt es durch die einzelnen Entwicklungsphasen der ostdeutschen Historiographie nachzuspüren, um die wechselnde Festigkeit und Erosion ihres historischen Herrschaftsdiskurses zu rekonstruieren und damit dem "Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR"²⁵ näherzukommen, dessen Erklärung der zeitgeschichtlichen DDR-Forschung aufgegeben ist.

Zunächst erweist sich bis an den Rand der finalen Systemkrise in den späten achtziger Jahren, dass bei Konflikten zwischen Quellenaussage und Lehrmeinung das ideologische Ordnungsmuster dem empirischen Tatbestand im Rahmen des historischen Diskurses grundsätzlich so überlegen ist, dass es abweichende Erkenntnisse auszugrenzen vermag, ohne geltende wissenschaftliche Argumentationsregeln zu übertreten. Wie weit das parteiliche Grundmuster der instrumentellen Wissenschaft einen Historiker zwingen konnte, die vermeintliche empirische Objektivität zugunsten der wahren parteilichen Objektivität aufzugeben, sofern er nicht den Boden der sozialistischen Geschichtswissenschaft verlassen wollte, zeigt das Beispiel eines Forschers, der 1958 in einer Arbeit über den Hamburger Aufstand von 1923 die isolierte Aktion der Hamburger Kommunisten unter Thälmann als das dargestellt hatte, was es war: ein Putsch. In der ZfG erschien daraufhin eine grundsätzlich angelegte Rezension²⁶, die die emsige Materialsammlung lobte und dennoch dem Autor vorwarf, "mit der historischen Wahrheit in Konflikt geraten" zu sein²⁷, wenn er behauptete, dass die Polizei von der

²⁵ Die Formulierung stammt von Sigrid Meuschel: *Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR*, Frankfurt a.M. 1992.

²⁶ Die von Horst Wild verfaßte Besprechung erschien in der ZfG 8 (1962), S. 212-219, mit einem Zusatz der Redaktion, die ihre Leser zur Stellungnahme aufforderte, da die angeschnittenen Fragen "alle marxistischen Historiker interessieren werden" (ebenda, S. 212).

²⁷ Ebenda, S. 214.

Vorbereitung des Aufstandes unterrichtet gewesen sei, und den "Eindruck (erweckt), daß Ernst Thälmann unabhängig von den Beschlüssen der Partei, ja sogar gegen ihre Direktiven, mit dem Aufstand begonnen habe".²⁸ Mit beiden Aussagen hatte Habedank nach Auffassung des Rezensenten "den Stolz auf die Partei der Arbeiterklasse" geschwächt und die historische Wirklichkeit verzerrt, indem er beispielsweise von ihm durchgeführte Befragungen nicht streng wissenschaftlich vorgenommen habe: "Bei den Berichten der Aufstandsteilnehmer ist zu berücksichtigen, daß das Geschehen über 30 Jahre zurückliegt und eine subjektive Betrachtungsweise möglich ist. [...] H. wertet dies Quellen jedoch nicht immer kritisch, klassenmäßig aus. Er ignoriert vollkommen, daß einige Befragte in den Jahren nach dem Aufstand die Arbeiterklasse verrieten und aus der Partei ausgestoßen wurden."²⁹ Schon weil Habedank die Normen einer parteilichen Quellenkritik nicht gewahrt hatte, konnte die empirische Basis seiner parteischädlichen Urteile nicht haltbar sein. Darüber hinaus meinte der Rezensent aber auch die unwissenschaftliche Arbeitsweise des Autors tadeln zu müssen: "Um seine wissenschaftlichen Aufgaben lösen zu können, muß der marxistische Historiker die Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus, die Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse und die Arbeit ihrer führenden Mitglieder studieren.... H. handelt anders und muß folgerichtig zu einer unwissenschaftlichen Darstellung kommen. Aber nicht nur das. Geradezu empörend ist, mit welcher Überheblichkeit H. die Ausführungen Walter Ulbrichts über den Hamburger Aufstand einschätzt."³⁰ Wie man es machen müsse, um die historische Wahrheit zu erkennen, führt der Rezensent vor, indem er neben entsprechenden Beschlüssen der KPD Berichte von Thälmann und Ulbricht anführt, um den wahren Charakter des Hamburger Aufstandes gegen Habedank zu belegen. "H. hält sich aber nicht an die Beschlüsse und Berichte. Das Ergebnis muß deshalb ein Buch sein, das einer wissenschaftlichen Kritik nicht standhält."³¹ Dass diese Auseinandersetzung mehr war als ein Schlagabtausch zwischen Autor und Leser, sondern die Richtung der historischen Forschungsarbeit insgesamt zu beeinflussen suchte, zeigt die Schlusspassage der zitierten Rezension: "Zum Schluß noch eine Bemerkung zum Dietz Verlag. Unverständlich ist es, daß

²⁸ Ebenda, S. 217.

²⁹ Ebenda, S. 216.

³⁰ Ebenda, S. 213.

³¹ Ebenda, S. 219.

dieses Buch im Dietz Verlag nun schon in zweiter Auflage erscheinen konnte. Der Dietz Verlag ist es seinen Autoren und den Lesern schuldig, daß keine Bücher bei ihm erscheinen, die revisionistischen Anschauungen Tür und Tor öffnen.“³²

Infolgedessen sah auch der Autor sich zu einer Stellungnahme über seine Arbeit gedrängt.³³ Sie zeigt eindrucksvoll, wie sehr der Herrschaftsdiskurs sich gegen empirische Quellenbefunde zu immunisieren wusste und wie sehr eine “objektivistische” Argumentation aus dem wissenschaftlichen Dialog ausgegrenzt werden konnte: “Die wissenschaftliche Erforschung und Darstellung eines historischen Ereignisses erfordert vom Historiker, dass er in allen Fragen stets das marxistische Prinzip der Parteilichkeit konsequent beachtet und anwendet. Es ist mir nicht gelungen, dieser wesentlichen -Forderung konsequent in jedem Falle nachzukommen. Die Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse, die Berichte und Arbeiten ihrer führenden Mitglieder weisen dem marxistischen Historiker in der Forschung und Darstellung die Richtung, weil diese Materialien zu den in Frage stehenden historischen Ereignissen mit Hilfe der Wissenschaft des Marxismus-Leninismus erarbeitet worden sind und darum bereits das Wesentliche der objektiven Wirklichkeit widerspiegeln.” Wie der ZfG-Rezensent blieb Habedank in seiner selbstkritischen Stellungnahme nicht bei der Orientierung an den ideologischen Grundsatznormen stehen, sondern verlängerte die Parteilichkeitsforderung bis in die empirischen Tatbestände: “Nicht beachtet wurde das Prinzip der Parteilichkeit auch bei der Gruppierung der Quellen. Obgleich ich bei der Bewertung jeder einzelnen Quelle grundsätzlich davon ausgehe, daß den Autoren bürgerlicher Quellen in Fragen, die das kapitalistische Gesellschaftssystem berühren, klare und richtige Wahrnehmungen und Erkenntnisse versperrt bleiben müssen, weil sie bewußt oder unbewußt Apologeten des zum Untergang verurteilten Kapitalismus sind, und daß demgegenüber nur die Arbeiterklasse kraft ihrer historischen objektiven gesellschaftlichen Stellung und Aufgabe uneingeschränkt an richtiger Wahrnehmung und Erkenntnis der gesellschaftlichen Erscheinungen interessiert und dazu befähigt ist, verdunkle ich jedoch teilweise den daraus resultierenden höheren Grundwert der

³² Ebenda.

³³ Von der Bedeutung, die die Parteiführung diesem Vorgang beimaß, zeugt, daß die zuständige Parteigruppe Habedanks das Ergebnis ihrer ‘Auseinandersetzung’ mit Habedank zu einem Bericht “Das bisherige Ergebnis der Diskussion der Parteigruppe über das Buch des Genossen Dr. Habedank Zur Geschichte des Hamburger Aufstandes 1923” zusammenfaßte, der mitsamt der Stellungnahme des Angegriffenen der zuständigen ZK-Abteilung zugeleitet wurde (BArch, SAPMO, ZPA, IV 29.04/398).

kommunistischen Quellen durch eine hauptsächlich formalistische Gruppierung der historischen Zeugnisse in gedruckte und ungedruckte.”

Dieselben Maßstäbe hätten, wie Habedank nun bekannte, auch den Aufbau seiner Arbeit und die Anlage der Darstellung bestimmen müssen: “Eine Verletzung des Prinzips der Parteilichkeit ist mir in der Frage der Herausarbeitung des Klassenverrats der SPD-Führer unterlaufen. Dieser wird zwar prinzipiell richtig eingeschätzt, aber doch nicht mit der erforderlichen Schärfe bloßgelegt. [...] Infolge des oben genannten Mangels (Verletzung des Prinzips der Parteilichkeit) müssen auch die dargelegten Fehler und Schwankungen der KPD und einzelner Oktoberkämpfer als verhältnismäßig zu breit behandelt erscheinen. Hier hätte ich die richtigen Proportionen wahren müssen.” Habedanks Unterwerfung lehrt, wie innerhalb des parteilichen Herrschaftsdiskurses die Quellen ihrer Vetomacht enthoben werden konnten, ohne den Rahmen der Fachwissenschaft zu sprengen.

Falls sich unter diesen Voraussetzung also Differenzen zwischen dem Legitimationsanspruch der SED und dem Quellenbefund aufzutun drohten, gingen sie allein zu Lasten des Historikers: Zur Frage, ob meine Darstellung es zuläßt, Ernst Thämann Putschismus zu unterstellen, kann ich konstatieren, daß dieses bei Beachtung des Kontextes nicht möglich ist. Beim Lesen der hauptsächlich chronologischen Darstellung ist es aber offensichtlich nicht immer leicht, einige der überlieferten Entscheidungen und Feststellungen Ernst Thälmanns richtig in Verbindung mit den wichtigen, zeitlich vorangegangenen Ereignissen und Entscheidungen zu bringen, die, im Zusammenhang gesehen, keine andere Einschätzung zulassen, als daß Ernst Thälmanns Verhalten bei der Auslösung und Durchführung des Aufstandes stets konsequent marxistisch war. Zur Sicherung des richtigen Verständnisses der in Frage stehenden komplizierten Vorgänge hätte in der Darstellung mit ausführlicher Argumentation, Wiederholung und Zusammenfassung gearbeitet werden können.³⁴

Die in der DDR-Geschichtswissenschaft geltenden Verständigungsregeln über die Vergangenheit vermochten einem Widerstand gegen ideologische Deutungsmuster, die sich auf die historischen Tatsachen und die professionellen Methoden ihrer Erschließung stützten, in erstaunlichem Maße aus dem Diskurs auszugrenzen. Sie

³⁴ Ebenda, Dr. Habedank, Zu prinzipiellen Fragen der Diskussion über mein Buch “Zur Geschichte des Hamburger Aufstandes 1923”

entzogen ihm im wörtlichen Sinne die Sprache. Freilich blieben, mit Foucault zu sprechen, die episteme des anderen historischen Blicks künstliche Gebilde, deren Geltungskraft nicht weiter reichte als die Macht des Staates, dem sie seine Existenz verdankte. Wie weit aber die in ihrer historischen Arbeit auf ein instrumentelles Wissenschaftsverständnis Verpflichteten die Mauern ihres Diskursgefängnisses zu erkennen oder gar zu übersteigen vermochten, ist unsicher und lässt sich rückblickend wohl nur in Einzelfällen sicher rekonstruieren. Dort allerdings, wo die Geschlossenheit der oktroyierten Vergangenheitssicht durch konkurrierende Deutungsmuster einer nicht-parteilichen Geschichtswissenschaft bedroht wurde, drohte der Gegensatz zwischen Tatsachenwelt und Legitimationsanspruch die parteiliche Definitionsmacht zu zermürben, konnten Begriffe wie "weiße Flecken", "tendenziöse Auswahl" oder "gefälschte Fakten" auch in den Diskurs der DDR-Historiker eindringen³⁵.

Solche Fälle blieben Ausnahmen. Dass die DDR-Geschichtswissenschaft über viele Jahre so erstaunlich immun gegen die Herausforderungen der Quellen wie der westlichen Historiographie blieb, muss durchaus nicht mit einer besonderen Willfährigkeit ihrer Historiker erklärt werden, sondern verdankt sich weit mehr ihren Organisationsprinzipien. Schon ganz vordergründig stellten die Paradigmata des sozialistischen Geschichtsdenkens vielfach andere Fragen in den Vordergrund, erzeugten andere Themen, bahnten andere Wege ihrer Bearbeitung als ihr westliches Gegenüber. Forschungskomplexe die in der DDR-Geschichtswissenschaft dominierten, mochten im westdeutschen Geschichtsverständnis gar nicht oder nur am Rande auftauchen. Viele Fragen, die in der DDR-Geschichtswissenschaft kontrovers diskutiert wurden, spielten außerhalb ihres Diskurses gar keine Rolle - wie etwa das Gesetz der unbedingten Übereinstimmung von Produktivkräften und Produktionsverhältnisse, die Abgrenzung von Epoche, Periode und Phase, die Einstufung politischer Umwälzungen als frühbürgerliche, bürgerliche oder proletarische Revolution, die Frage, ob etwa die russische Oktoberrevolution 1917 oder die deutsche Novemberrevolution 1918 als entscheidender Epocheneinschnitt der deutschen Geschichte gewertet werden müsse - um nur einige zu nennen.

³⁵ Vgl. Hermann Weber, Ulbricht fälscht Geschichte, Köln 1964; ders., 16 Fragen an die SED, in: Vorwärts, 6.7.1964, und die Reaktion im Neuen Deutschland: Lothar Berthold/Ernst Diehl, Ein Fragespiegel und worum es wirklich geht? Wünscht der "Vorwärts" eine Diskussion zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung? Die Historiker der DDR sind dazu bereit, in: Neues Deutschland, 1.9.1964. Zusammenfassend: Hermann Weber, "Weiße Flecken" in der DDR-Geschichtsschreibung, in: APZ 1990, H. 11, S. 3-15.

"Weiße Flecken" - oder andere Landkarten?

Doch auch ein so organisiertes Geschichtsdenken konnte diskursinterne Konflikte zwischen Wahrheit und Nützlichkeit nicht gänzlich vermeiden, wie sich beispielsweise zeigte, als das SED-Institut für Marxismus-Leninismus (IML) auf Schwierigkeiten bei der Edition der Gesammelten Reden und Schriften Wilhelm Piecks stieß. Hier wie auch sonst verlangte die holistische Geschlossenheit des doktrinären Diskurses einen überhistorischen Betrachtungswinkel, der die Wahrnehmung von Kontinuitäten und Gesetzmäßigkeiten begünstigte, Diskontinuitäten und Sprünge hingegen zu unterdrücken tendierte. Die damit verbundene Enthistorisierung der Vergangenheit drohte aber bei Quelleneditionen an den widerspenstigen Monumente zu scheitern, die etwa die überlieferten Reden und Texte auch von SED-treuen Parteiführern bildeten. So musste das IML in einer Mitteilung an den zuständigen ZK-Sekretär Kurt Hager resignierend feststellen: "Die meisten Arbeiten Wilhelm Piecks aus den Jahren seit 1945 enthalten eine außerordentliche Häufung von zeitbezogenen Aussagen und Einschätzungen über [...] die Politik und den Kampf der SED für die Einheit der deutschen Nation bzw. um die Wiedervereinigung, [...] den 'besonderen deutschen Weg' zum Sozialismus, [...] Leben und historische Rolle J.W. Stalins, [...] Leben und Kampf Mao Tse-tungs, [...] die Auseinandersetzung mit dem Titoismus".³⁶ Jede der damaligen Auffassungen Piecks widersprach der geltenden Parteilinie; in das Ordnungsraster einer enthistorisierten Vergangenheit passten sie nicht hinein. Doch ein korrigierender Eingriff verböte sich aus wissenschaftlichen wie politischen Gründen gleichermaßen, wie das IML vorsorglich betonte: "Den ursprünglichen Text dieser Arbeiten [...] durch größere Streichungen und redaktionelle Bearbeitung inhaltlich zu verändern, widerspräche den Prinzipien wissenschaftlicher Edition. Da die meisten dieser Arbeiten veröffentlicht sind, erhielte der Gegner Möglichkeiten, die Partei und ihre Politik anzugreifen."³⁷ In diesem Konflikt plädierte das IML auf Rückzug: "Wir sind zu dem Ergebnis gelangt, daß dieser und die folgenden Bände nicht veröffentlicht werden können."³⁸ Das Politbüro stimmte nicht nur zu, sondern schloss sich auch der Auffassung des IML an, "daß Editionsprojekte mit dem Anspruch auf weitgehende

³⁶ Barch, SAPMO, ZPA IV B 2/2.024/59, IML an Kurt Hager, 16.8.1974.

³⁷ Ebenda.

³⁸ Ebenda.

Vollständigkeit künftig nicht mehr begonnen werden sollten. Im Perspektivplan für die Geschichtswissenschaft 1976-1980 sollte vielmehr darauf orientiert werden, Dokumente, Reden und Schriften hervorragender Repräsentanten der deutschen revolutionären Arbeiterbewegung unter einem bestimmten thematischen Gesichtspunkt zu edieren. Dadurch könnten bei Wahrung wissenschaftlicher Editionsprinzipien die zu veröffentlichenden Dokumente und Materialien so ausgewählt werden, daß sie den gegenwärtigen ideologischen Kampf der Partei wirksam unterstützen."³⁹ Wo der Anspruch einer gleichzeitig parteilichen und historisch wahren Darstellung nicht zuletzt aufgrund der Einflüsse eines anderen Geschichtsbildes so sichtbar scheiterte, blieb nur der Rückzug.

Nicht immer glückte er. Wo wie im Katyn-Trauma der polnischen Historiographie sich die Deutungsmacht eines anderen Geschichtsdenkens zu behaupten vermochte, blieben auch im sozialistischen Geschichtsbild "weiße Flecken" sichtbar, die keine parteiliche Betrachtung zu entfernen vermochte, ohne ihre eigenen fachwissenschaftlichen Standards zu verletzen. Einen solchen Fall bildet für die DDR-Geschichtswissenschaft das Zusatzabkommen zum Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939, in dem Hitlerdeutschland und Sowjetunion sich auf die Aufteilung Polens für den Fall eines deutschen Angriffs verständigen. In ihren Veröffentlichungen folgten die DDR-Historiker bis in die achtziger Jahre der von sowjetischer Seite vorgegebenen und über Jahrzehnte nicht veränderten Interpretation, die den deutsch-sowjetischen Vertrag unter schweigender Übergehung des Zusatzabkommens als klugen und umsichtigen Schritt der sowjetischen Außenpolitik erklärte, um Zeit zur Vorbereitung auf den unvermeidlichen Krieg mit Deutschland zu gewinnen. Zumindest die souveränen unter ihnen aber ließen schon in den sechziger Jahren ihre Reserven gegen eine solche Interpretation erkennen und zeigten sich auch von der Existenz des fraglichen Zusatzabkommens überzeugt.

Hat die ostdeutsche Historikerschaft zumindest hier wieder besseres Wissen die propagierte Einheit von Parteilichkeit und Objektivität selbst als ideologisches Gaukelspiel entlarvt, wie es im nachhinein scheinen mag? Die erheblichen Differenzierungen im internen Diskurs der DDR-Historiker machen es schwer, diese Frage eindeutig zu bejahen. Sie legen vielmehr die Vermutung nahe, dass viele

³⁹ Ebenda.

Historiker der DDR ihr wissenschaftliches Selbstverständnis auch in einer solchen Situation zu wahren versuchten. 1965 präsentierte Günter Paulus, ehemaliger Leiter der Arbeitsgruppe "zweiter Weltkrieg" am Geschichtsinstitut der Akademie, ein Manuskript mit dem Titel "Die zwölf Jahre des tausendjährigen Reiches. Streiflichter auf die Zeit des Faschismus in Deutschland"⁴⁰, das zusammen mit dem Hitler-Stalin-Pakt wie selbstverständlich auch das Zusatzabkommen behandelte. Der Autor versuchte sich das Recht der Erwähnung durch eine rechtfertigende Interpretation des Vertrages zu erkaufen: "Über die geheime Zusatzklausel, die bestimmte, daß die deutschen Truppen im Falle eines deutsch-polnischen Krieges die ursprünglich zu Rußland gehörenden westukrainischen und westbjelorussischen Gebiete nicht besetzen dürften, können sich gerade die in- und ausländischen Reaktionäre nicht genug entrüsten, die nicht nur einen, sondern Dutzende von offenen und geheimen Pakten und Absprachen mit der Hitlerregierung getroffen hatten. Der Sekretär der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei, Wladislav Gomulka, hat zutreffend bemerkt, daß diese Bestimmungen angesichts der von den deutschen Faschisten beabsichtigten und durch nichts mehr zu verhindernden Vernichtung Polens Millionen von Menschen und weite Landstriche dem Zugriff der deutschen Militaristen entzogen, und daß sie damit im Interesse sowohl der Sowjetunion als auch des polnischen Volkes gelegen habe."⁴¹

Den Gutachtern seines Manuskripts gab Paulus damit eine harte Nuss zu knacken. Sie konnten, um den Maßstäben auch einer parteilichen Geschichtswissenschaft zu genügen, Paulus zwar aus politischer Solidarität zur Streichung dieser Passage auffordern, nicht aber die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Zusatzabkommen selbst für illegitim erklären. Keiner der beiden Gutachter bestritt daher in seiner Stellungnahme die Richtigkeit der von Paulus gegebenen Darstellung. Der eine hielt in seiner knappen Kommentierung des kühnen Vorstoßes von Paulus die "Darstellung der 'geheimen Zusatzklausel' ... für die Veröffentlichung in dieser Arbeit für ungeeignet"⁴²; der andere urteilte: "Der Absatz über die geheime Zusatzklausel sollte weggelassen werden, da es dazu bis jetzt m.E. keine

⁴⁰ Die entsprechenden Akten liegen im BArch, SAPMO, ZPA, IV A 2/9.04/143. Vgl. auch Martin Sabrow, Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Fall Günter Paulus, in: Berliner Debatte Initial 1995, H. 4/5, S. 51-67.

⁴¹ Günter Paulus, Die zwölf Jahre des Tausendjährigen Reiches, Manuskript, Kap. VIII, S. 9 (Privatbesitz G. Paulus, Berlin).

⁴² BArch-SAPMO, ZPA, IV A 2/9.04/143, Ingo Materna, Gutachten, 26.2.1965, S. 2.

sowjetische Verlautbarung gibt."⁴³ Paulus nutzte die Differenz zwischen Intention und Begründung in beiden Gutachten und verzichtete zwar den Begriff "Zusatzprotokoll", nicht aber auf die Substanz seiner Ausführungen. In die Öffentlichkeit drang diese unbotmäßige Pochen auf die Objektivität in der Parteilichkeit dennoch nur kurz. Das Buch wurde unmittelbar nach Erscheinen auf ZK-Anweisung verboten, der Autor selbst verlor seinen Arbeitsplatz im Akademie-Institut.

Selbst die Umstände, unter denen die DDR-Historiographie Anfang 1989 ihr nach dem Siegeszug der Perestroika in der Sowjetunion immer unhaltbareres Schweigen über die Echtheit des Zusatzabkommens endgültig räumte, zeugt von dem Bemühen, den eigenen Objektivitätsanspruch nicht bedingungslos politischen Interessen zu opfern. Bereits vier Jahre zuvor hatten die Herausgeber eines Sammelbandes "Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939)" einen Beitrag Günter Rosenfelds vorgesehen, der von der Existenz der geheimen Zusatzklausel sprechen wollte. Der Akademie-Verlag zögerte. Erst nachdem Rosenfeld seine Thesen auf dem erwähnten Historikerkongress Ende Januar 1989 in Gegenwart hoher Geschichtsfunktionäre voröffentlich hatte, konnte der zuständige Lektor einen Vermerk formulieren, der ihm die erforderliche Rückversicherung gab: "Die Herausgeber informierten darüber, daß Prof. Rosenfeld im entsprechenden Arbeitskreis 1917-1945 des Kongresses das Ergebnis seiner Forschungen, wie in seinem Artikel bereits zu Papier gebracht, vorgetragen habe. ... Am darauffolgenden Tag bekräftigte Rosenfeld im Arbeitskreis seine Überzeugung, daß die Kopie des Zusatzabkommens unzweifelhaft echt sei. Zustimmend habe sich auch Genosse Professor Ernst Diehl ... geäußert".⁴⁴

Die angeführten Beispiele lassen darauf schließen, dass auch die der SED verpflichtete Geschichtsschreibung der DDR an einem freilich anders als in der westlichen Geschichtswissenschaft definierten Objektivitätsanspruch sowohl auf der Diskursebene des zuständigen Parteiapparates wie der historischen Forschungspraxis soweit als möglich festzuhalten versuchte. Im Verein mit einem Wissenschaftsverständnis, das die politische Lenkung des historischen Denkens über eine Vielzahl von Ordnungsmustern und Wahrnehmungsrastern als Teil des

⁴³ Ebenda, Bruno Löwel, Gutachten zum Manuskript von Dr. Günter Paulus ..., o.D., S. 7.

⁴⁴ ABBAW, AV 121.010, Dr. Tesche, Vermerk betr.: Buchprojekt „Der Weg in den Krieg“, 3.2.1989.

wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses begriff, waren so die Bedingungen für eine Form der Geschichtsschreibung gegeben, die sich auf längere Dauer gegen Außeneinflüsse abschotten und ein erhebliches Maß an innerer Stabilität erzielen konnte, solange das Regime den künstlichen Diskursrahmen garantierte.. Nicht politischer Terror und ideologische Verführung sicherten primär die Linientreue der sozialistischen Geschichtswissenschaft, sondern die Macht eines Diskurses, der seine Akteure kaum weniger stark band als ein anderes Geschichtsdenken ihre westlichen Kollegen.

Wenn sich dieses Ergebnis über die Geschichtswissenschaft hinaus verallgemeinern lässt, liegt die Wahrheit *über* die DDR-Diktatur und ihre lange Stabilität auch darin, dass die Wahrheit *in* der DDR länger und erfolgreicher anders definiert werden konnte als außerhalb ihrer Grenzen. Möglicherweise liegt hier ein Ansatz zur Klärung der in Deutschland nach 1989 so heftig diskutierten Frage nach der erstaunlich großen Zahl nicht nur erpresster, sondern überzeugter Kollaborateure in der DDR. Die DDR war immer eine Gegen-Diktatur. Anders als der Nationalsozialismus musste sie ihre Legitimität immer erzwingen, also mit Max Weber die Aussicht, für einen Befehl Gehorsam zu finden, gegen Tradition, Mehrheitswillen und individuelle Überzeugungen durchsetzen. In der Verschmelzung von Faktizität und Fiktionalität, oder mit Hannah Arendt, in der Verwandlung des Tatsächlichen in die Fiktion“ liegt ein Strukturmoment kommunistischer Herrschaft, das vielleicht stärker wirkte als die klassischen Herrschaftsinstrumente des totalitären Staates. Nicht in der Macht von Propaganda und Terror besteht das Geheimnis der vierzigjährigen SED-Herrschaft in Deutschland, sondern auf ihrer Geschlossenheit als Wirklichkeitsdiktatur.